

Geschäftsstelle
Deutscher Hospiz- und
Palliativverband e.V.
Aachener Str. 5
10713 Berlin

Wissen und Einstellungen der Menschen in Deutschland zum Sterben – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung im Auftrag des DHPV

Der Deutsche Hospiz- und Palliativverband (DHPV) legt Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung vor. Demnach wünschen sich die meisten Menschen in Deutschland eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Sterben. Zudem sind der Ausbau der Informationsangebote sowie die Stärkung der ambulanten Hospiz- und Palliativarbeit und der Sterbegleitung in stationären Pflegeeinrichtungen dringend notwendig.

Berlin, 06. Oktober 2017. Die Umfrage „Sterben in Deutschland – Wissen und Einstellungen zum Sterben“ geht unter anderem den Fragen nach, inwieweit sich die Menschen im Jahr 2017 mit Sterben und Tod auseinandersetzen, an welchen Orten sie sterben möchten, ob sie sich gut genug über Hospiz- und Palliativangebote informiert fühlen, wie sinnvoll sie eine Patientenverfügung erachten und an wen sie sich mit ihren Fragen zur Begleitung am Lebensende wenden würden.

Die Antworten sind vor allem vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren intensiv geführten und bis heute anhaltenden gesellschaftlichen und politischen Diskussionen um die Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung von großem Interesse. Haben diese Diskussionen, gemeinsam mit der Verabschiedung des Hospiz- und Palliativgesetzes das Wissen und die Einstellungen der Bevölkerung zu diesen Themen verändert? Wo gibt es Fortschritte, welche wesentlichen Informationen sind noch immer nicht ausreichend bekannt, um

Sie erreichen uns unter:
Telefon 030 / 8200758-0
Telefax 030 / 8200758-13
info@dhpv.de
www.dhpv.de

**Geschäftsführender
Vorstand:**
Prof. Dr. Winfried Hardinghaus
Vorstandsvorsitzender
Dr. Anja Schneider
Stellvertr. Vorsitzende
Erich Lange
Stellvertr. Vorsitzender

Amtsgericht Berlin:
VR 27851 B
Gemeinnützigkeit anerkannt
durch das Finanzamt Berlin

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto 834 00 00
BLZ 370 205 00

IBAN: DE 4337 0205
0000 0834 0000
BIC: BFSWDE33XXX

einen guten Zugang zu einer ausreichenden Begleitung und Versorgung am Lebensende sicherzustellen.

Dies war Anlass für den Deutschen Hospiz- und Palliativverband, eine zweite Auflage der umfassenden Bevölkerungsbefragung von 2012 in Auftrag zu geben. Die Befragung erfolgte telefonisch bei 1015 Deutschen ab 18 Jahren.

Die Ergebnisse geben in vielfältiger Weise Aufschluss über Wissen und Einstellungen der Bevölkerung zum Thema Sterben und Tod, die für die zukünftige Arbeit des Deutschen Hospiz- und Palliativverbands grundlegende Bedeutung haben. Im Kern wird deutlich: Die Mehrheit der Befragten wünscht sich eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Sterben. Es besteht weiterhin ein Informationsdefizit, welches auch unter Beteiligung von Politik und Gesundheitssystem dringend behoben werden muss. Zudem muss die ambulante Hospiz- und Palliativarbeit gestärkt und die Sterbebegleitung in stationären Pflegeeinrichtungen besser aufgestellt werden.

Die wesentlichen Ergebnisse der von der Forschungsgruppe Wahlen Telefonfeld durchgeführten Befragung (Erhebungszeitraum 26. bis 29. Juni 2017) werden im Folgenden vorgestellt.

Die Ergebnisse im Einzelnen (Auswahl)

Die meisten Menschen wollen zuhause sterben.

58 % der Befragten, die sich bereits über ihr eigenes Sterben Gedanken gemacht haben, möchten zuhause sterben (2012: 66 %). 27 % gaben an, dass sie in einer Einrichtung zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen sterben wollen. 2012 waren das lediglich 18 %. Dieser Anstieg lässt

sich als Folge der besseren Bekanntheit stationärer Hospiz- und Palliativangebote (stationäres Hospiz, Palliativstation) und allgemein als Anerkennung der Hospizarbeit lesen. Dennoch zeigen diese Zahlen – wie schon 2012 –, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung zuhause und der kleinste Prozentsatz aller Menschen im Krankenhaus sterben möchte (2017: 4%, 2012: 3 %). Die tatsächlichen Zahlen sehen allerdings anders aus: Mehr als die Hälfte der Menschen stirbt, so Daten aus anderen Erhebungen¹, im Krankenhaus, rund 19 % in einer stationären Pflegeeinrichtung und nur etwa 23 % zuhause. Das bedeutet einerseits den Auftrag an die Verantwortlichen, den Auf- und Ausbau der ambulanten Versorgungsstrukturen weiter voranbringen. Andererseits verweist dies aber auf die gesamtgesellschaftliche demografische Entwicklung mit einer steigenden Zahl alleinlebender Menschen, die sich am Lebensende in einer Einrichtung der Sterbebegleitung besser aufgehoben sehen. Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, auch Pflegeeinrichtungen für die Sterbebegleitung besser aufzustellen, d.h. auch dort mehr hospizliche und palliative Angebote vorzuhalten, das Personal entsprechend weiterzubilden und die Kooperation mit ambulanten Hospizdiensten Palliativärzten und SAPV-Diensten zu intensivieren.

56 % der Befragten geben an, dass sich die Gesellschaft mit dem Thema Sterben und Tod zu wenig befasst.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Krankheit, Sterben und Tod wird von der überwiegenden Mehrheit als nicht ausreichend empfunden. Mit 56 % gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sich die

¹ Dasch B, Blum K, Gude P, Bausewein C: Place of death: trends over the course of a decade—a population-based study of death certificates from the years 2001 and 2011. Dtsch Arztebl Int 2015; 112: 496–504. DOI: 10.3238/arztebl.2015.0496

Gesellschaft mit dem Thema zu wenig befasst. Diese Auseinandersetzung ist auch nach den intensiven Diskussionen um das Gesetz zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung (verabschiedet im Dezember 2015) und nach der Verabschiedung des Hospiz- und Palliativgesetzes gewünscht und wichtig. So kennt immer noch rund ein Viertel der Bevölkerung den Begriff „Palliativ“ gar nicht und von den 71 %, die den Begriff schon gehört haben, kann ihn nur die Hälfte korrekt zuordnen. Mit 18 Prozent (2012: 11 %) weiß nach wie vor nur ein kleiner Prozentsatz der Befragten, dass die Angebote der ambulanten Hospizdienste und stationären Hospize für die Betroffenen kostenfrei sind. Das ist nicht einmal jeder Fünfte. Hier gibt es starken Informationsbedarf. Dies ist nicht Aufgabe der Hospizbewegung allein. Hieran müssen sich auch die Verantwortlichen aus Politik und dem Gesundheitssystem beteiligen. Dabei bedarf es differenzierter Angebote. Denkbar wäre eine bundesweite Kampagne nach dem Vorbild der Impf-, Aids- oder Transplantationsthematik, die nicht zuletzt auch dem Bedürfnis junger Menschen nach Information und einer entsprechenden Auseinandersetzung mit hospizlichen Themen Raum gibt.

43 % haben Patientenverfügung – Tendenz stark steigend.

Die Zahl der Menschen, die angeben eine Patientenverfügung verfasst zu haben, ist in den vergangenen fünf Jahren stark angestiegen von 26 % auf 43 %. Weitere 32 % haben schon einmal ernsthaft darüber nachgedacht (2012: 43 %).

Dieser Anstieg spiegelt den verstärkten Wunsch der Menschen wieder, sich mit Fragen des Lebensendes und der Vorsorge auseinanderzusetzen. Bereits nach der gesetzlichen Regelung zu Patientenverfügungen im Jahr 2009 und der damit verbundenen öffentlichen Diskussion in den Medien, bei Ärzten und in

den Krankenhäusern sowie in den Einrichtungen der Hospiz- und Palliativversorgung hatten sich bis 2012 immer mehr Menschen damit befasst, Vorsorge für den gesundheitlichen Bereich treffen zu wollen für den Fall, dass sie sich nicht mehr selbst äußern können. In den vergangenen fünf Jahren – nicht zuletzt im Zuge der "Sterbehilfedebatten" – hat sich diese Tendenz noch einmal verstärkt. Diesem Wunsch muss dringend mit einem weiteren Ausbau der Beratungsangebote zur gesundheitlichen Vorsorgeplanung, zur Patientenverfügung und zur Vorsorgevollmacht entsprochen werden. Seit der Verabschiedung des Hospiz- und Palliativgesetzes vor zwei Jahren gibt es eine gesetzliche Grundlage (§ 132g SGB V), wonach zugelassene Pflegeeinrichtungen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern eine gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase anbieten können. Diese Regelung ist bis heute noch nicht umgesetzt. Aber gerade auch die ambulanten Hospiz- und Palliativdienste verzeichnen eine steigende Zahl an Beratungsanfragen zur Patientenverfügung und zur Vorsorgevollmacht und bieten diese – bisher ohne entsprechende Finanzierungsregelungen – an.

Hausärztinnen und Hausärzte sind die wichtigsten Ansprechpartner bei der Suche nach Hospiz- und Palliativangeboten.

Eine zentrale Rolle bei allen Fragen rund um Hospiz- und Palliativangebote nimmt der Hausarzt ein. So würden sich 23 % der Befragten bei der Suche nach einem Platz in einer Hospizeinrichtung bzw. 35 % der Befragten bei der Suche nach einer Palliativeinrichtung an ihre Hausärztin / ihren Hausarzt wenden. Damit machen die Hausärztinnen und Hausärzte die bei weitem größte Gruppe der möglichen Berater aus. Aufgrund dieser Türöffnerfunktion ist es vordringlich, dass sie selbst gut über die Hospiz- und Palliativangebote informiert sind, damit sie ihre Patientinnen und Patienten über Hospiz- und Palliativarbeit und die Möglichkeit hospizlich-palliativer Betreuung in ihrem

Umfeld kompetent beraten können. Der zum Oktober 2017 um mehrere neue Leistungen der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung ergänzte Einheitlichen Bewertungsmaßstabes des ambulanten ärztlichen Vergütungssystems (EBM) ist hier eine sinnvolle Maßnahme. Allerdings müssen sich Hausärzte einerseits in Zukunft noch stärker mit Hospizdiensten vernetzen. Zudem müssen zwischen beiden Seiten klare Absprachen zur Kooperation existieren und „gelebt“ werden.

Deutscher Hospiz- und Palliativverband (DHPV)

Der Deutsche Hospiz- und Palliativverband e.V. (DHPV) ist seit 1992 die bundesweite Interessenvertretung der Hospizbewegung sowie zahlreicher Hospiz- und Palliativeinrichtungen in Deutschland. Als Dachverband der 16 Landesverbände sowie weiterer überregionalen Verbände und Organisationen der Hospiz- und Palliativarbeit sowie als selbstverständlicher Partner im Gesundheitswesen und in der Politik steht er für über 1.100 Hospiz- und Palliativdienste und -einrichtungen, in denen sich mehr als 100.000 Menschen ehrenamtlich, bürgerschaftlich und hauptamtlich engagieren.

Kontakt

Angela Hörschelmann
Deutscher Hospiz- und Palliativverband
Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Aachener Straße 5
10713 Berlin
Tel.: 030 82 00 758 17
Mail: a.hoerschelmann@dhpv.de
Internet: www.dhpv.de